

Hirschberger Tageblatt.



Verlag von Geisler & Icke. Erster Jahrgang.

Erscheint wöchentlich sechs mal. — Bezugspreis für Hirschberg bei der Expedition und deren Commanditen 1 Mk. 50 Pf. pro Quartal (Zusendung in's Haus 25 Pf. extra), monatlich 50 Pf., wöchentlich 15 Pf.; Einzelnummer 5 Pf. Durch die Postanstalten und auswärtigen Commanditen bezogen 1 Mark 75 Pf. — Inzerationspreis für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pf., Reklamenzeile 30 Pf. — Gebühren für Extrablätter je nach der zeitweiligen Auflage des Tageblattes. — Alle Annoncen-Bureau, sowie die Commanditen in Warmbrunn, Hirschdorf, Petersdorf, Schreiberhau, Schmiedeberg, Landeshut, Volkenhain, Schönau, Lahn, Greiffenberg und Friedeberg a. O. nehmen Inserat-Aufträge für das Hirschberger Tageblatt entgegen. — Das Hirschberger Tageblatt ist unter Nr. 2733a im Nachtrage zum Post-Zeitungs-Katalog vermerkt.

Redaction: Richte Burgstraße 14 (Am Burghurm) 1. Etage. — Expedition: Richte Burgstraße 14 (Am Burghurm) parterre.

Nr. 5.

Hirschberg i. Schl., Freitag, den 5. April

1889.

Die Lage in Frankreich.

W. A. Die Tagesgeschichte im Lande jenseits der Vogesen nimmt sich aus wie ein bunt wechselndes Suckfaßtenbild; heute diese, morgen jene Ueberschung. Die neueste ist jetzt Herrn Boulangers Flucht nach Belgien, von wo aus er eine Art von Proclamation erlassen, die diesen feigen Rückzug in eine ihm günstigere Beleuchtung stellen soll. Wir theilten die Auslassung des wackeren Helden im Auszug schon gestern unseren Lesern mit. Daß die Anklage gegen den Flüchtling nun doch erhoben und ihm der Proceß gemacht wird, dürfte vielleicht weder practische noch moralische Folgen haben. Wer in Frankreich an den brav' général als an den Retter der Gesellschaft, den Rächer des Vaterlandes und den vom Schicksal ausertorenen Wiederhersteller des tief zu Boden gedrückten Landes glaubt, der wird auch trotz dieses Rückzuges seines angebeteten Helden ferner an ihn und seine Mission glauben und es scheint fast, als sei dies augenblicklich doch immer noch die Mehrheit! Herr Antoine, der große „Patriot von Metz“ mag noch so viele Reden halten, Boulanger's Popularität dürfte er sobald nicht erreichen und wenn das neue Cabinet ihn gegen diesen als besonderen Trumpf auszuspielen gedachte, so wird der gewünschte Erfolg wohl schwerlich erzielt werden. Als Floquet den General im Duell verwundete, glaubte man vielfach — nach einem altfranzösischen Sprichwort — er sei nun moralisch todt weil er sich lächerlich gemacht, allein die Popularität des von einem Civilisten besiegten Ex-Kriegsministers hat seitdem fettjamer Weise noch mehr zugenommen. Wer eigentlich hinter ihm steht, insbesondere von Geldgebern, ist bis heute noch ein Geheimniß, so vielfach man darüber auch schon orakelte; ebenso wenig weiß man, ob der brav' général nur für sich selbst arbeitet, oder aber sich schließlich mit der Rolle des General Monk, des Königsmachers, bescheiden werde! Jedenfalls wird Boulanger in Belgien oder schließlich ebenso gut auch anderswo, ganz ruhig abwarten können bis, wie er in seinem Manifest von Brüssel aus sagte: „die allgemeinen Wahlen endlich eine Republik hergestelt haben werden, in der man wohnen kann und welche ehrlich und frei ist!“ — Wenn die jetzige Regierung dieselbe Thatkraft weiter entwickelt und zunächst gegen alle Spießgesellen Boulangers ebenso energisch vorgeht wie gegen die Patriotensliga, so dürfte das sicherlich nicht ohne Eindruck auf das Land bleiben und doch noch den Boulangismus zur rechten Zeit bewältigen! Das Geheimniß der Popularität des Generals besteht bekanntlich hauptsächlich darin, daß alle Welt mit der zeitlichen Regierung als einer völlig energie- und creditlosen nichts mehr zu schaffen haben wollte und daß man einen Gözen brauchte, der so that, als wolle er dem augenblicklichen Regime lieber heut' als morgen den Kopf abbeißen! Das hat nun der brav' général seinen lieben Landsleuten mit all' der dramatischen Action, die diesen so willkommen ist, äußerst geschickt vorgehen und alle Unzufriedenen derartig mit Versprechungen geködert, als werde er die Thore des Schlaraffenlandes aufschließen, sobald das Ruder in seine Hand gelange. Die leichtgläubigen, wetterwendischen, veränderungslustigen und für jeden fed zugreifenden Streber schwärmenden Herren Franzosen haben aus all' diesen Gründen Herrn Boulanger bis heute alle Blamage vergeben, und es wäre daß gar nicht so unwahrscheinlich, daß sie ihrem Abgott auch diese schmähliche Ausreiserei nicht allzu hoch anrechnen, sondern trotz aller patriotischen Bemühungen der jetzigen Regierung sich von dem Deserteur auch fernerhin am Gängelbände führen lassen. An eine überraschende Action auf der politischen Bühne ist zunächst nicht zu denken; einmal steht die Armee dem Boulangismus noch

nicht gänzlich zur Verfügung und zweitens will man die Millionernte der Weltausstellung, von der die in derlei Dingen sehr nüchterechnenden Franzosen einen Umschwung der gesammten wirtschaftlichen Lage erhoffen, nicht durch derlei unliebsame Störungen beeinträchtigen lassen!

Die Alters- u. Invalidenversorgung.

(Parlamentsbericht vom 3. April.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung erbittet der neue Staatssecretär des Reichs-Marineamtes Contreadmiral Hausner aus schmerzlicher Veranlassung die Aufmerksamkeit des Hauses. Die vorliegenden Nachrichten über das schwere Unglück, das unsere Marine in den samoanischen Gewässern betroffen, seien durch die Admiraltät und das Marineamt veröffentlicht worden. Durch ein gewaltiges elementares Ereigniß wurden drei unserer Schiffe in der Nacht vom 16. bis 17. März auf den Strand getrieben; zwei davon sind vollständig verloren, das dritte, die „Olga“, ist vielleicht gerettet, dann aber sicher schwer beschädigt. Leider habe eine Anzahl von Mannschaften dabei ihr Leben eingebüßt. Er besinne sich gewiß in Uebereinstimmung mit dem ganzen Hause, wenn er hiermit die Theilnahme für die Verstorbenen und deren Hinterbliebenen zum Ausdruck bringe. (Bravo.) Die Besatzung habe ein neues Beispiel von muthigem Aussharren und Pflichterfüllung in Befolgung der Treue für Kaiser und Reich gegeben. Pflicht der Marineverwaltung sei es nun, das Leid der Hinterbliebenen so weit zu mildern, als dies überhaupt möglich sei; dieser Pflicht werde die Verwaltung Rechnung tragen. In öffentlichen Blättern seien Zweifel hinsichtlich der Sicherheit der Europäer in Apia geäußert worden. In dieser Hinsicht sei keine Besorgniß zu hegen. Einmal seien die Europäer in Apia stark genug, dann aber habe auch der älteste Offizier der australischen Station in seiner Meldung keinerlei Andeutungen von einem feindseligen Verhalten der Eingeborenen gemacht. Nichtsdestoweniger werde sich die Marineverwaltung nicht der Verpflichtung entziehen, auch hier Maßregeln zu treffen. Inzwischen dürfte auch der fällige Postdampfer dort eingetroffen sein. Weitere Nachrichten über die Catastrophe seien erst am 15. April zu erwarten, zu welcher Zeit ein amerikanischer Dampfer von Samoa in San Francisco eintrifft; brieflichen Nachrichten ist erst Ende dieses Monats entgegenzusehen. Einleitende Schiffe wegen Erfages der verlorenen Schiffe „Aber“ und „Eber“ seien getroffen; wegen der „Olga“ lasse sich noch nichts übersehen. Uns bleibe endlich auch die Pflicht, unsere Interessen auf Samoa zu wahren. Die amerikanische Regierung entsende 3 Schiffe; wenn wir demgegenüber zu schwach erschienen, so würde das falsche Deutungen veranlassen, als ob unsere Interessen dortselbst zurückgegangen seien. Auch nach dieser Richtung seien Anordnungen getroffen. (Bravo.) — Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Die außerordentlichen Ausgaben und Staatsüberschreitungen im Etatsjahre 1887/88 werden genehmigt, vorbehaltlich der Prüfung durch den Rechnungshof. Dann wird die zweite Beratung des Alters- und Invalidengesetzes fortgesetzt. Die Commission hat eine Bestimmung angenommen, wonach auch diejenigen erwerbsunfähigen Versicherten, welche während eines Jahres ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen sind, für die weitere Dauer ihrer Erwerbsunfähigkeit Invalidenrente erhalten sollen. — Bebel beantragt, daß überhaupt bei jeder vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit für die weitere Dauer derselben Invalidenrente gewährt werden soll. — Staatssecretär von Bötticher erlennt das Bedürfniß einer Fürsorge für die vorübergehend Erwerbsunfähigen an; nur sei diese im Rahmen dieses Gesetzes nicht angängig. — Dr. Buhl und Hise sprachen im gleichen Sinne. Die Anträge Bebel und Schmidt werden abgelehnt, der Commissionsantrag angenommen. Nach der Commissionsvorlage soll ein Rentenanspruch Demjenigen nicht zustehen, welcher die Erwerbsunfähigkeit sich bei Begehung eines Verbrechens zugezogen hat. Abg. Schrader (freif.) beantragt Streichung dieser Bestimmung. Dasselbe wird indes angenommen. Die Commissionsvorlage will durch statuarische Bestimmung für einzelne Bezirke die Rentenzahlung in Naturalleistung zulassen. — Abg. Buhl will diese Bestimmung auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter beschränkt wissen. Abgeordneter Bebel will den ganzen Paragraphen streichen. — Ferner ist bestimmt, daß gewohnheitsmäßigen Trinkern, denen nach Anordnung der zuständigen Behörde geistige Getränke in öffentlichen Schankstätten nicht verabfolgt werden dürfen, die Rente ihrem vollen Betrage nach in Naturalleistung zu gewähren ist. — Abg. Singer beantragt, anstatt „zuständige Behörde“ zu sagen „ordentliche Gerichte“. — Abg. Schrader (deutschfreif.) beantragt, in allen Fällen die Naturalleistung von der Zustimmung des Empfängers abhängig zu machen. Der Antrag Schrader wird mit 116 gegen 113 Stimmen angenommen, alle weiteren Anträge werden abgelehnt. Die Vorlage bestimmt, daß, wenn der Versicherte Ausländer ist, er mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden kann, falls er seinen Wohnort im Deutschen Reiche aufgibt. — Abgg. Singer und Bebel wollen in diesem Falle den sechsfachen Betrag der Jahresrente gewähren. —

Abg. Schmidt-Eberfeld (deutschfreif.) beantragt, die Bestimmung dahin zu fassen, daß Ausländer im gegebenen Falle durch eine Capitalzahlung abgefunden werden können. Er motivirt diesen Antrag mit dem Hinweis auf die analogen Bestimmungen der Unfallversicherung. Sämmtliche Abänderungsanträge werden abgelehnt und die Bestimmung in der Commissionsfassung angenommen. Die Wartezeit ist festgesetzt bei der Altersrente auf 30 Jahre, bei der Invalidenrente auf 5 Beitragsjahre. Ein Antrag Bebel's bezweckt, für die Invalidenrente keine, für die Altersrente 20 Beitragsjahre als Wartezeit festzusetzen. — Abg. Rickert (freif.) will, daß Personen vor Ablauf der Wartezeit aus Billigkeitsgründen eine Rente bis zur Hälfte der Invalidenrente gewährt werden kann. Die Commissionsfassung wird unverändert angenommen. Das Beitragsjahr soll nach der Vorlage 47 Beitragswochen betragen, Bebel beantragt 40 Beitragswochen. — Abg. Gamp (Reichspartei) beantragt, ein lediglich vorübergehendes Arbeitsverhältniß nicht auf die Beitragszeit in Anrechnung zu bringen. — (Morgen Abend soll das Genossenschaftsgesetz in dritter Beratung erledigt werden.)

Deutsches Reich.

Berlin, den 3. April.

Vom Hofe. Seine Majestät der Kaiser hat mit der Kaiserin Mittwoch Vormittag eine gemeinsame Spazierfahrt unternommen, von welcher zurückgekehrt, der Kaiser dann um 11 Vormittag einen längeren Vortrag des Wirkl. Geh. Rathes Dr. v. Lucanus entgegennahm. — Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich wird mit den Prinzessinnen-Töchtern Victoria, Sophie und Luise Margarethe, sowie dem betreffenden Gefolge am Mittwoch Abend 9 Uhr 7 Min. auf der Lehrter Bahn aus Kiel in Berlin eintreffen und für die Dauer ihres Aufenthaltes in Berlin im hiesigen Palais Unter den Linden Wohnung nehmen. Außerem Vernehmen nach gedenkt die Kaiserin Friedrich nur kurze Zeit in Berlin zu verbleiben und voraussichtlich schon Mitte dieses Monats mit den Prinzessinnen-Töchtern sich zu längerem Aufenthalte nach Homburg zu begeben.

— Die Taufe des Sohnes des Prinzen Heinrich findet Anfangs Mai statt. Der Kaiser begibt sich dazu nach Kiel. — Im Laufe des Monats Mai wird der Kaiser auch den Darmstädter Hof besuchen und mit dem Großherzog von Hessen der Einweihung der neuen Kirche zu Oppenheim beistehen. — Die Novelle zum Strafs- und Preßgesetz ist im Justiz-Ausschusse des Bundesraths durchberathen worden. Das Plenum des Bundesraths wird morgen die Vorlage annehmen und sie noch morgen dem Reichstage zugehen lassen.

— Entgegen einer von der Voss. Ztg. gemeldeten Notiz betreffs eines Unfalles des Kaisers in Posen schreibt ein Corresp. an die V. B.-Z.: Verschiedene Berlinerblätter lassen sich von hier berichten, daß der Kaiser, den der Kaiser zur Rundfahrt durch das Ueberschwemmungsgebiet der Stadt benutzte, beim Aussteigen ins Schwanken gerieth, so daß Se. Majestät bis ans Knie ins Wasser springen mußte. Diese Nachricht ist lediglich eine müßige Erfindung. Thatsache ist nur, daß ein anderer Kahn, der dem Kaiser folgte, und in dem sich der Polizeipräsident Dr. Bienko und zwei andere Herren befanden, in Folge Anpralles an einen Wagen umkippte, so daß die Insassen zwar ins Wasser fielen, aber den Kahn wieder auf der Stelle bestiegen.

— Die Königin Victoria hat dem Kaiser Wilhelm auf dem Drahtwege ihr Bedauern über das feine Schiffe in Samoa zugestoßene Unglück, sowie ihr Mitgefühl mit den Hinterbliebenen der umgekommenen Schiffsmannschaften ausgedrückt. — Der Berliner Correspondent des Standard meldet seinem Blatte unter dem 1. d. M. auf dem Drahtwege: „Die mit der Reise Kaisers Wilhelm nach England verknüpften Einzelheiten sind während der Anwesenheit des Grafen Bismarck in London zur vollen Befriedigung aller Bethetheilten geregelt worden. Vorläufig bleibt die Absicht, den Besuch im Juni abzustatten, unverändert. Jedenfalls wird derselbe vor dem Besuch

der Souveräne in Berlin erfolgen, aber das Datum der Ankunft des Kaisers in England kann nicht genau angegeben werden und vor der Rückkehr der Königin Victoria nach England dürfte es kaum festgestellt werden. Es ist sicher, daß der Besuch kein privater sein wird, sondern daß der Kaiser in seiner amtlichen Eigenschaft als deutscher Kaiser und König von Preußen reisen wird. Er wird von seinem Bruder, Prinz Heinrich, obwohl weniger wahrscheinlich von Fürst Bismarck als von dessen Sohn, dem Staatssekretär des Aeußeren, begleitet sein.

— Eine Deputation des Directoriums des Centralverbandes deutscher Industrieller wurde vom Fürsten von Bismarck empfangen. Der Reichskanzler unterhielt sich mit den Herren längere Zeit über die industriellen Verhältnisse, wobei er die Hoffnung aussprach, daß die günstigen Aussichten für die Erhaltung des Friedens auch das ihrige beitragen werden, um die erfreuliche Entwicklung der deutschen Arbeit weiter zu fördern; ein besonderes Element des Friedens bilden gerade für Deutschland die Monarchie und das monarchische Gefühl unseres Volkes.

— Weitere Haussuchungen und Beschlagnahmen sozialdemokratischer Schriften haben bei einer Anzahl von Berliner Arbeitern stattgefunden.

— Infolge der Darlegungen über die sectirerischen Umtriebe im Norden und Westen Berlins, welche der Ev. Kirch.-Anz. brachte, ist die Sonntagschule des Fr. von Blücher in der Bülowstraße polizeilich geschlossen worden.

— Zum Hofbankier des Kaisers ist, wie mitgeteilt wird, der Inhaber des bekannten Berliner Bankhauses Anhalt u. Wagner Nachfolger, dessen Chef der schwedische Generalkonful Schmidt, der Schatzmeister des deutschen Offiziervereins, ist, ernannt worden.

— Wie von verschiedenen Seiten gemeldet wird, ist die preussische Regierung damit beschäftigt, ein Gesetz auszuarbeiten, welches die Verwendung der von der Regierung angekauften Gelder aus katholischen Kirchenfonds auf Grund des Gehaltssperregesetzes betrifft. Von katholischer Seite war wiederholt das Verlangen geäußert worden, daß nunmehr, nach Wiederherstellung des Kirchenfriedens, diese Gelder zurückgezahlt werden möchten. Dazu hat aber die Regierung keine Lust. Nach den Meldungen, die über den Inhalt des Gesetzes in katholischen Blättern gemacht werden, soll der Staat das Verfügungsrecht über die betreffenden Gelder zum Bau von katholischen Kirchen und Unterstützung von katholischen Geistlichen sich vorbehalten. Die katholische Presse ist darüber sehr mißvergnügt und macht geltend, daß diese Gelder der Kirche zugehören, der Staat also kein Recht habe, darüber einseitig zu verfügen. Die Germ. meint, es sei die Pflicht der Regierung, mit den Bischöfen und der Curie darüber eine Einigung zu erzielen. Von der Magdeb. Ztg. ist dieser Weg bereits als bestimmt in Aussicht genommen bezeichnet worden.

— Das Abgeordnetenhaus nahm am 3. April das Polizeikosten-Gesetz in dritter Lesung an, überwies die Anträge Letocha-Brosch, betreffend das Halten von Bienen, und Drape, betreffend die Bestrafung der Schulversäumnisse in öffentlichen Volksschulen, zur Vorberathung an Commissionen und erledigte Petitionen. Eine Petition der Stadt Breslau um Abänderung der Vorschriften über die Erhebung der Hundesteuer wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

— Der Reichsanz. veröffentlicht zwei Verfügungen des Reichskanzlers, mittelst deren dem Reichscommissar für die Marschallinseln und Beamten des Kamerun- und Tongogebiets consularische Befugnisse bezw. auch das Recht zum Erlaß polizeilicher u. Vorschriften übertragen werden.

— Die Osterferien im Reichstage und im Landtag sind für die Zeit vom 12.—30. April in Aussicht genommen.

— Wenn es gelingt, die „Olga“ wieder abzubringen, so dürfte der Materialverlust, der für die deutsche Marine aus der Samoa-Catastrophe entstanden ist, einschließlich der Abbringungskosten immer noch mindestens 2 Millionen betragen. In Marinereisen wird angenommen, daß die directe Ursache der Catastrophe eine sogenannte Springquelle gewesen ist. Die Frage, wie es gekommen, daß das englische Schiff „Calliope“ mit einigen verhältnismäßig leichten Beschädigungen die offene See gewinnen konnte, wird damit beantwortet, daß die „Calliope“ stärkere Maschinen und electriche Beleuchtung hatte, welcher letztere Umstand bedingte, daß wenigstens immer ein Kessel unter Dampf war.

— Die Mehrheitsparteien des preussischen Abgeordnetenhauses beantragen, den Zwischenhandel mit Loosen der preussischen Staatslotterie mit einer Geldstrafe von 100 bis 1500 Mk. zu belegen.

— Die Commission für die Ausarbeitung eines deutschen bürgerlichen Gesetzbuches hat in ihrer letzten ordentlichen Sitzung im Reichs-Justizamt ihre Arbeiten abgeschlossen und sich aufgelöst. Sie wurde im Jahre 1874 eingesetzt und zum Vorsitzenden derselben der im September vorigen Jahres verstorbene Wirkliche Geheim Rath und Mitglied des Staatsraths Dr. Pape ernannt,

welchem es noch vergönnt war, den Entwurf des Gesetzbuches unter seiner Leitung vollendet zu sehen und dem Kaiser Wilhelm I. im Januar v. J. überreichen zu können. Außer ihrem Vorsitzenden verlor die Commission noch drei Mitglieder durch den Tod: 1883 den Hilfsarbeiter Geheimen Justiz- und Landgerichtsrath Vogel, 1884 den württembergischen Ober-Landesgerichts-Vizepräsidenten Dr. v. Kübel, und 1888 den k. sächsischen Ober-Landesgerichts-Präsidenten Dr. Weber. Seit dem Ableben des Wirklichen Geh. Rath Dr. Pape führte der Geh. Ober-Justizrath Johow den Vorsitz dieser Commission. Ihr gehörten zuletzt noch sächsischerseits Landgerichtsdirektor Boerner und Geh. Justizrath Dr. Rieger an.

— Gewaltigen Schaden hat das Hochwasser in Posen (nächst den Hochwassern von 1855 das dritthöchste im Jahrhundert) wiederum an dem Eigenthum der grundbesitzenden Bevölkerung angerichtet, um so mehr, da die Wunden des vorjährigen Unglücks kaum vernarbt sind und allgemein die Meinung herrscht, daß die öffentliche Mildthätigkeit, welche vor Jahresfrist in so reichem Maße für die Hilfsbedürftigen eingetreten ist, sich ein Jahr später kaum in gleichem Maße bethätigen dürfte. Vergeblich waren die mannigfachen zum Theil recht kostspieligen Anordnungen und Maßnahmen der Sanitäts-Polizei und der Hausbesitzer, um die überschwemmt gewesenen Quartiere im Sommer wieder bewohnbar zu machen; trübe blickt ein großer Theil der Bevölkerung in die Zukunft. Während im vergangenen Frühjahr am Schlusse der Hochwasserperiode 2183 Köpfe, die ohne Obdach waren, von der Stadtgemeinde in 6 Schulhäusern, 2 Militär-Paraden und 4 anderen Lokalitäten untergebracht waren, scheint der Andrang jetzt in Folge der schlimmen Erfahrungen, welche dieser ärmste Theil der Bevölkerung, der hauptsächlich in den niedrigsten Stadttheilen wohnt, damals mit dem Campiren auf Böden und in anderen nicht heizbaren Gelassen gemacht hat, ein noch viel größerer zu sein, als im Vorjahre.

Landberg a. W., 3. April. Ein Privat-Telegramm des Berl. Tageblattes meldet: Das Wasser ist noch gewachsen, immer mehr Wohnungen müssen geräumt werden. In der Lipker Gegend sind sechs Ortschaften überschwemmt, die Bewohner flüchten. Bei Küstrin und Sonnenburg wird die Lage bedenklich. Der Regierungs-Präsident besichtigte heute das Ueberschwemmungs-Terrain.

Ausland.

Oesterreich. In Böhmen finden im Laufe des Sommers Landtagswahlen statt. Altcechische Abgeordnete behaupten nun, daß der Führer des historischen Adels, Fürst Carl Schwarzenberg, dem verfassungstreuen böhmischen Großgrundbesitzer bezüglich der nächsten Landtagswahlen einen Vergleich angeboten und fünfzehn Mandate angetragen habe. Baron Lehrenthal forderte Namens der deutschliberalen Großgrundbesitzer 25 Mandate; man hofft sich auf 20 Mandate zu einigen. Dieses Uebereinkommen würde eine Aenderung der Landtagswahlordnung in einigen Wahlkreisen bedingen, wie dies bei der Reichsrathswahlordnung der Fall war. Die deutschen Abgeordneten wissen von diesen Verhandlungen nichts und sind erstaunt, daß der verfassungstreue Großgrundbesitzer sich von den Deutschliberalen trennen und in den czechischen Kumpflandtag eintreten sollte. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, soll die von der Regierung einzubringende Schulnovelle den Wünschen der Clerikalen insoweit entgegenkommen, als die Kirche das Recht der Mitaufsicht erhält und dem Religionsunterricht ein größerer Spielraum gewährt wird.

Italien. Rom, 3. April. Officiöse Nachrichten bestätigen die Vernichtung des abessinischen Heeres durch die Dermische bei Metemeh. Der Negus erlag auf dem Schlachtfelde seinen Wunden. König Menelik von Schoah, den der Negus um Hilfe beschwor, wartete, italienischen Einflüssen gehorchend, die Ereignisse in fester Stellung beim Abflusse ab. Abessinien befindet sich in voller Anarchie als Beute der Dermische. Zwischen dem von Italien unterstützten König Menelik und dem Prinzen Debeb, dem rebellischen Neffen des Negus und treulosen Anführer Italiens, dürfte alsbald ein Streit um den Thron beginnen.

Luxemburg. Der vaticanische „Moniteur de Rome“ bringt zur luxemburgischen Erbfolgefrage den nachstehend in Uebersetzung wiedergegebenen Artikel: „Mehrere deutsche Zeitungen, namentlich der Rheinische Courier und das Berliner Tageblatt, haben von Neuem die luxemburgische Frage erörtert. Das Berliner Tageblatt hat hervorgehoben, daß König Wilhelm III., obwohl er dem Familienvertrage mit dem Hause Nassau zugestimmt habe, niemals den Herzog Adolf von Nassau als Erben der großherzoglich luxemburgischen Krone bezeichnet habe. Diese Angabe ist falsch. König Wilhelm hat dem früheren großherzoglich luxemburgischen Staatsminister Baron von Blochhausen die förmliche Erklärung abgegeben, daß er den Herzog von Nassau als seinen Nachfolger im Großherzogthum ansehe, und der Baron von Blochhausen hat diese Erklärung in der Sitzung der

luxemburgischen Kammer vom 11. Februar 1885 verlesen. Die luxemburgische Frage kann daher als endgültig geregelt angesehen werden. Die neuesten Depeschen bestätigen dies übrigens.

England. London, 2. April. Seit dem Jahre 1189 besteht in England der Brauch, Lordmayors der City von London zu wählen. Der Gemeinderath der City hat deshalb beschlossen, das 700jährige Bestehen des Lordmayorats in diesem Jahre durch ein Banket in der Guildhall zu feiern, zu welchem sämtliche Bürgermeister des Vereinigten Königreichs, sowie die Oberbürgermeister der Hauptstädte Europas und der Colonien eingeladen werden sollen. Auch soll eine Denk Münze geschlagen werden. — Ein großer Eisenbahnunfall hat sich in England ereignet. Es entgleiste ein von Liverpool nach London abgelassener Vergnügungszug in Folge eines Achsenbruchs bei Penistone. Bisher verlautet, daß mehrere Reisende todt und nahezu fünfzig verletzt sind. Andere Meldungen lauten dahin, daß nur ein Mann getödtet und gegen 20 verwundet seien. Durch diesen Unfall wäre beinahe ein noch weit größeres und schrecklicheres Unglück herbeigeführt worden, wenn nicht die Geistesgegenwart eines Bahnbeamten im letzten Augenblicke noch dasselbe verhütet hätte. Der Mann hatte Dienst auf einer Weichenstation, als er das Krachen der entgleisenden Wagen vernahm, obgleich er des Rebels halber nichts zu sehen vermochte. Unmittelbar darauf hörte er in der entgegengesetzten Richtung den Londoner Schnellzug heranbrausen. Mit einem Ruck zog der Mann das Haltezeichen auf, und der Schnellzug konnte noch zum Stehen gebracht werden, während die Puffer seiner Locomotive schon die quer über die Schienen liegende Locomotive des verunglückten Zuges berührten.

Serbien. Die ehemalige Königin Natalie von Serbien hat erklärt, daß sie die Vaterrechte auf ihren Sohn achten werde, das heißt so viel wie, daß sie nicht gegen den Wunsch des Königs und der Regenten nach Belgrad zurückkehren wolle (?). Es steht außer Zweifel, daß die Regenten dem Könige die Verpfichtung angelobt haben, die Königin nicht nach Serbien kommen zu lassen und daß der König hinsichtlich der Erziehung seines Sohnes sich alle Rechte vorbehalten hat, u. A. auch dieses, sofort nach Belgrad zurückzukehren und die Ueberwachung selbst zu übernehmen, falls es erforderlich sein sollte. Hiernach steht dem Könige auch das Recht zu, zu bestimmen, wo und wann König Alexander die Königin-Mutter Natalie besuchen könne; er hat nun festgesetzt, daß der Sohn zu den Ferien stets einige Zeit bei seiner Mutter im Auslande verweilen könne. Wenn durch eine Reise nach Belgrad seitens der Königin Natalie ein Eingriff stattfinden würde, so ist König Milan entschlossen, seine Vaterrechte energisch zu wahren. In Erwägung dieser Umstände haben viele Freunde der Königin Natalie in Serbien ihr den Rath ertheilt, jetzt nicht zu kommen und sich nicht zum Werkzeug von Leuten herzugeben, welche ihr Kommen nur benutzen wollen, um im Lande Unruhe hervorzurufen. Auch von höchster Seite in Rußland wurde, wie man dem Hann. Cour. schreibt, der gleiche Wunsch ausgesprochen, wie ja auch König Alexander selbst seine Mutter gebeten hat, jetzt nicht nach Serbien zu kommen. Man hofft deshalb, Königin Natalie werde diesen Rathschlägen Gehör schenken (?).

Locales und Provinzielles.

Sivschberg, den 4. April.

* Tagesbericht. Die nunmehr vervollständigten Nachträge der Verlustlisten unserer Marine bei Apia, welche noch immer überall im engeren und weiteren Vaterlande im Vordergrund des Interesses stehen, haben keinen weiteren schlesischen Landsmann aufgeführt. Interessant ist es übrigens, wie sich jetzt die Wetterpropheten darum reißten, ihre Voraussagungen bezüglich der Catastrophe im fernen Ocean zu Ehren zu bringen, und in der That stand der 17. März unter den bösen Gefellen in Falb's schlechten Tagen des Jahres 1889. Derselbe Forscher erinnert übrigens, wie es in einer Zuschrift des „Meteorologischen Instituts“ in Bad Schmiedeburg, welches im Dienste der Falb'schen Theorie steht, folgendermaßen: Der Naturforscher Rudolf Falb erinnert in seinen „Wetterbriefen“ auf Seite 19 an einen vor etwa hundert Jahren, nämlich am 16. September 1782 geschehenen ähnlichen Unglücksfall, indem er schreibt: „Am genannten Tage geriethen drei britische Kriegsschiffe von je 74 Kanonen, die eben zuvor fünf französische Kriegsschiffe von 110, 74 und 64 Kanonen genommen hatten und außerdem noch von einer 93 Segel starken Handelsflotte begleitet waren, in eine Cyclone. Der Capitän ließ heidrehen, aber, wegen Unkenntniß der Cyclonen-Bewegung, auf die falsche Seite; die Schiffe geriethen genau in's Centrum, der Sturm schlug hier plötzlich um, und alle Kriegsschiffe, bis auf eins, gingen zu Grunde, desgleichen der größte Theil der Handelsschiffe; mehr als 3000 Mann fanden in den Wellen den Tod.“

